

Seid ohne Sorge!

Zu: „Die tödliche Politik muss ein Ende haben“, FR-Politik vom 2. Juli

In der Tat: Es ist eine tödliche Politik. Menschen ertrinken nach wie vor im Mittelmeer. Die europäische Institution Frontex steht in dringendem Verdacht von ungesetzlichen, unmenschlichen Pushbacks und soll dafür belohnt werden, indem sie noch mehr Kompetenzen erhalten soll, die sie dann aller Voraussicht nach weiterhin missbrauchen werden.

Noch-Kanzlerin Merkel weigert sich weiterhin hartnäckig, den Patentschutz aufzuheben, damit Impfstoff auch zum Beispiel in Afrika produziert werden kann. Dies wird auch in Zukunft viele Menschenleben kosten. Die Klimakatastrophe hat längst begonnen, aber im Wahlprogramm der CDU/CSU stehen nur gefällige formulierte Ziele; keine Aussage, wie sie erreicht werden sollen. Mir kommen immer mehr Zweifel, ob diese Bundestagswahl von belegten Fakten bestimmt wird oder vielmehr von Ängsten, Affekten und strategischem Kalkül. Womöglich entscheiden Gänsefüßchen über den Ausgang einer Wahl, die Annalena Baerbock in ihrem neuen Buch nicht gesetzt hat, obwohl es sich gar nicht um Zitate handelte, oder eine bestimmte Formulierung, die sie hätte ändern sollen.

Möglicherweise entscheidet das „Und“, welches Lindner zwischen „Wirtschaft und Klima“ formuliert. Oder Herr Laschet wiegt uns in der Sicherheit, dass alles schon gut wird, wenn wir nur so weiter machen. Seid ohne Sorge ...

Robert Maxeiner, Frankfurt

Aggressive Akteure

Manöver „Sea Breeze“: „Provokante Brise“, FR-Politik vom 29. Juni

Die Leser und Leserinnen der Rundschau mögen sich bitte folgende Nachricht vorstellen: „Nachdem zahlreiche, nahezu einstimmige UN-Resolutionen ohne Resonanz blieben, begann ein bisher beispielloses Großmanöver von 32 Staaten in der Karibik. Ständige Aggressionen und massive Sanktionen, die die staatliche Souveränität Kubas gefährden, führten zu diesem Manöver direkt vor der amerikanischen Küste. Ein Kriegsschiff drang sogar in die Gewässer vor dem völkerrechtlich umstrittenen Guantánamo ein. Eine demonstrative Provokation, wie Geheimdokumente enthüllten, die an einer Bushaltestelle vor dem Kreml gefunden wurden. Die 6. Flotte der russischen Marine - inzwischen in Venezuela stationiert - proklamierte, es sei „im Interesse der Welt, eine wohlhabende, stabile Karibik-Region zu erhalten und aggressive Akteure abzuschrecken, die zu ihrem eigenen Vorteil eine Destabilisierung anstreben.“

So weit, so gut - nur: Das Ganze findet im Schwarzen Meer statt, und die Warnung vor Destabilisierung stammt allen Ernstes von der US-Navy selbst!

Geert Platner, Ahnatal

Das Tempolimit als größte Einschränkung aller Freiheit

Armin Laschet (CDU) im Interview: „Warum soll ein Elektroauto nicht schneller als 130 fahren dürfen?“, FR-Politik vom 5. Juli

Sinnvolle Investitionen in den Klimaschutz

Als Fahrer eines Elektrofahrzeug, das ich nur im Umkreis von 40 Kilometern nutze, weise ich daraufhin, dass es nicht entscheidend ist, viele Ladesäulen in Frankfurt zu haben. Man muss auch an allen laden können. Dazu muss man sich bei mindestens zehn Anbietern registrieren und mehrere Apps abspeichern oder drei Ladechips dabei haben. Man stelle sich vor, man müsste für jeden Geldautomat eine andere Karte haben. Der hoffentlich scheidende Bundesverkehrsminister hat erfolgreich einheitliche Systeme verhindert. Und warum muss man überhaupt mit dem Elektroauto in die Innenstadt fahren? Das geht doch besser ohne Flächenverbrauch und Parkplatzsuche mit der S-Bahn. Statt vieler teurerer Ladestationen für Elektro-SUV ist es wirtschaftlicher und sozialer, allen Menschen ein 365-Euro-Jahresticket für den ÖPNV anzubieten. Man muss beim Klimaschutz schon genauer hinschauen, welche Investition wirklich sinnvoll ist.

Werner Neumann, Altenstadt

Laschet hat keine Ahnung von der Materie

Natürlich kann ein Elektroauto auch schneller als 130 km/h fahren, aber dann braucht es mehr Energie in kürzerer Zeit. Das wiederum heißt: Öfter aufladen und bedeutet wiederum höheren Stromverbrauch. Diese Erfahrung durfte ich, seit kurzem Besitzerin eines Elektroautos, bei unserer ersten kleineren Urlaubsreise machen. Wollten wir aber neben der CO₂ neutralen Erzeugung des Stroms nicht auch den Stromverbrauch reduzieren? Mit E-SUV, die mit 200km/h über die Autobahn hetzen, geht das nicht. Kurzum: Der Kanzlerkandidat der CDU hat erstens keine Ahnung von der Materie und gehört zweitens zu der leider großen Gruppe automobil-



Armin Laschet (CDU) steht im Wald. Ist das Sorge, was sich im Gesicht des Kanzlerkandidaten abzeichnet?

DPA

höriger deutscher Politiker. Denn wie lässt sich dieses Verhalten anders erklären, als pathologische Abhängigkeit, wenn doch sogar eine Mehrheit der Bevölkerung, heißt Wahlvolk, eine Geschwindigkeitsbeschränkung befürwortet?

Dass bei der Tempolimit-Diskussion, egal ob auf Autobahnen oder innerörtlich, die Klimarelevanz keinerlei Bedeutung hat, zeigt sich bei den Ablehnungsbegründungen der zuständigen Behörden. Kriterien sind Lärmbelästigung und Sicherheit. Wobei die Definition von Sicherheit interessant wäre. Bezieht man sich auf die Sicherheit von Fußgän-

ger:innen und Fahrradfahrer:innen oder auf die der Autofahrer:innen?

In Marburg musste z.B. eine 900 Meter lange, stark sanierungsbedürftige Straße auf 30 km/h reduziert werden. Nach Instandsetzung des Mittelteils wurde die Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Teil unverzüglich aufgehoben. Die Verordnungslage solcher Entscheidung ist nicht nachvollziehbar und wie aus der Zeit gefallen. Ist langsamer fahren als möglich tatsächlich die größte Einschränkung unserer bürgerlichen Freiheit? Bei solchen Entscheidungen bekommt man diesen Eindruck. Das sind

schlechte Aussichten für die wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben, die erledigt werden müssen. Die CDU hat immer noch nichts begriffen. Mir graut's vor September. Petra Schubert, Lollar

Da lacht nicht nur der Osterhase

Man muss sich bei der Suche nach Populisten und weniger hellen Politikern nicht unbedingt in der großen „heißen“ Welt umschauen. Man wird auch hier fündig. Laschet: „Warum soll ein Elektroauto nicht schneller als 130 fahren dürfen?“ Gegenfrage. Vielleicht weil dann der Strom für die Waschmaschine fehlt?

Betrachtet man den Anstieg des Luftwiderstandes, so steigt dieser quadratisch mit der Geschwindigkeit. Da beim Fahren zusätzlich noch andere Effekte eine Rolle spielen, wirkt sich der Anstieg im Verbrauch glücklicherweise nicht gleich ganz so krass aus. Die dramatischen Änderungen im Klima verlangen aber, dass wir alle sinnvoll möglichen Einsparpotenziale nutzen, denn den Strom bringt nicht der Weihnachtsmann und auch nicht der Osterhase und Windstrom vom Söder kriegt er schon mal gar keinen.

Riesige Hindernisse für eine erfolgreiche Reduzierung des CO₂-Beitrags im Verkehrssektor bauen aber auch die Automobilkonzerne auf. „Dank“ unzulänglicher Regelungen auch bei der Förderung von E-Autos, werden die Hybrid SUV gehätschelt. Die Gewinne der Konzerne werden somit maximiert - die technischen Einsparpotenziale zum Wohle eines erfolgreichen Klimaschutzes werden verspielt. VW hat ein praktisches, sparsames Alltags-E-Auto wie den eUP und die baugleichen Brüderchen der Konzerntöchter gleich ganz aus dem Angebot genommen - zu wenig Dividende?

Gerhard Schuster, Krieffel

Diskussion: frblog.de/cdu-2021

Wir Menschen sind keine Produkte

Dr. Hontschiks Diagnose: „Der Kahlschlag hat System“, FR-Panorama vom 3. Juli

Wer macht Jens Spahn mit dieser Diagnose bekannt?

Sehr geehrter Dr. Hontschik, vielen Dank für diesen Beitrag, der in der Lage ist, auf einer halben Zeitungsseite die Probleme des Gesundheitssystems treffend auf den Punkt zu bringen, mit Lösungsansatz. Man kann dem nichts hinzufügen, nur ausdrücklich beipflichten. Eine Frage nur: Wer schickt das jetzt an Jens Spahn? Dem scheinen das ja alle zu verheimlichen.

Kornelia Kania, Barsinghausen

Immer weniger müssen immer mehr leisten

Lieber Dr. Hontschick, Sie sprechen mir mit Ihrer Kolumne fast immer aus der Seele. Ihre Beschreibung des Gesundheitssystems ist so treffend, dass ich je-

den Satz vorbehaltlos unterstützen kann. Ich arbeite seit 1996 als Anästhesist in diesem System, habe also noch das Ende der halbwegs „vernünftigen“ Zeit erlebt, sowie die in einer früheren Kolumne bezeichneten „brutalen“ Veränderungen durch die Einführung des DRG-Systems in den Krankenhäusern (Fallpauschalen, Anm. d. Red.). Es zerreißt Schwestern, Pfleger und Ärzt:innen im Krankenhaus zwischen ökonomischen Zwängen, Effektivitätssteigerungswut, Arbeitsverdichtung und dem Wunsch, gute Medizin und dem Menschen zugewandte Therapie zu leisten, ohne die eigene Gesundheit zu gefährden und die Freude an unseren so erfüllenden Berufen zu verlieren.

Auch den Krankenhausverwaltungen bleibt in der Zwangslage zwischen unzureichender

Finanzierung durch Land und Krankenkassen auf der einen und Leistungserbringung auf der anderen Seite nur der Wettlauf um möglichst hoch erlösende Prozeduren sowie fortwährende Kostenreduzierung, leider häufig zu Lasten der Personalstärke.

Diese Entwicklung gefährdet Menschenleben. Denn mit Überarbeitung (immer weniger müssen immer mehr leisten), Termindruck (immer mehr in immer kürzerer Zeit) und immer weniger Zeit pro Patient steigt das Risiko von gravierenden Fehlern mit schlimmstenfalls für den Patienten fatalen Auswirkungen. Menschen sind keine Produkte, die immer nach gleichen Regeln reagieren oder die gleiche Menge an Ressourcen verbrauchen. Menschen brauchen neben einer fachlich adäquaten Therapie und Pflege

menschliche Zuwendung und Empathie, damit sich ein Heilungserfolg einstellen kann. Das braucht Zeit! Diese Notwendigkeit wird jedoch im DRG-System ignoriert. Zeit am Patientenbett wird zum Luxus, da sie keinen Erlös generiert. Die Krankenhäuser müssten eine DRG-unabhängige Basisfinanzierung erhalten, die ihre Vorhaltekosten zur Erfüllung des Versorgungsauftrages ausreichend abdecken.

Und wenn dann noch, auch politisch, verhindert werden könnte, dass Teile der Krankenkassenbeiträge über die Finanzierung von privaten Krankenhausträgern in Aktionärsausschüttungen abdriften, wären erste Schritte zur Konsolidierung der Krankenhausfinanzierung und zur Wahrung der Patientensicherheit in Krankenhäusern getan! Markus Ritzerfeld, Würselare